

Fast 40 Prozent der Deutschen rechnen mit einer zu geringen Rente

Angst vor Altersarmut wächst

Die Furcht vor Altersarmut sitzt tief in der Gesellschaft. Das belegt eine Umfrage des Deutschen Instituts für Altersvorsorge (DIA). Danach sieht sich die Mehrheit der Befragten davon mehr oder weniger betroffen. Rund 40 Prozent befürchten unter Hinweis auf die jährliche Renteninformation, dass ihre Bezüge aus der gesetzlichen Rentenversicherung unterhalb jener Grenze liegen werden, ab der von Altersarmut gesprochen wird. Weitere 27 Prozent hegen diese Befürchtungen zumindest teilweise. Allerdings ist bei dieser Einschätzung auch eine gehörige Portion Unsicherheit mit im Spiel, weil 30 Prozent ihr Einkommen im Alter nicht abschätzen können und 25 Prozent keine Vorstellung davon haben, ab welcher Grenze in Deutschland von Altersarmut gesprochen wird.

„Unter diesen Umständen verwundert es nicht, dass die Mehrheit das Thema Altersarmut als wichtig ansieht und die aktuelle Diskussion keineswegs als politisches Mittel im anstehenden Bundestagswahlkampf aufgefasst wird“, erklärte DIA-Sprecher Klaus Morgenstern. „Allerdings werden die verschiedenen Konzepte der Parteien recht unterschiedlich bewertet.“ Die größte Zustimmung findet die Einführung gesetzlicher oder tariflicher Mindestlöhne, die verhindern, dass Versicherte eine Rente erhalten, die geringer ausfällt als die Grundversicherung im Alter. Dieser Präventivmaßnahme gegen Altersarmut stimmen 62 Prozent voll und ganz beziehungsweise weitgehend zu. Weitere 28 Prozent halten sie zumindest zum Teil für eine geeignete Maßnahme.

Steuerfinanzierte Grundrente polarisiert

Das Konzept mit der zweitgrößten Zustimmung ist der Ausbau der betrieblichen Altersversorgung unter Beteiligung des Arbeitgebers und mit staatlichen Zuschüssen. Eine solche paritätische Absicherung favorisieren 55 Prozent klar, weitere 33 Prozent votieren zumindest teilweise dafür. Deutlich weniger Zustimmung finden Konzepte, bei denen mit nachträglichen Korrekturen im System der gesetzlichen Rente Altersarmut verhindert werden soll. Dabei spielt es keine Rolle, wie die Finanzierung dieser Mindestrenten erfolgt und an welche Bedingungen sie geknüpft ist.

Ganz gleich, ob beitragsfinanzierte Mindestrente, für die die gesamte Versichertengemeinschaft aufkommt, oder steuerfinanzierte Grundrente oder Aufwertung von Niedrigrenten, sofern eine private Eigenvorsorge vorhanden ist: All diese Konzepte finden klare Zustimmung bei etwa einem Drittel der Befragten. Die steuerfinanzierte Grundrente polarisiert allerdings stärker. Bei ihr ist der Kreis der Ablehner mit knapp 27 Prozent erkennbar größer als bei den beiden anderen Konzepten.

Der Einführung eines weiteren, die Grundversicherung im Alter ergänzenden Füsorgeelements, das



Von einem gesetzlichen Mindestlohn erhoffen sich viele Ältere Schutz vor Altersarmut.

FOTO BILDERBOX

an keine Einkommens- und Vermögensüberprüfung gekoppelt ist, können sich knapp 37 Prozent gut vorstellen. Ein Drittel der Befragten ist sogar dafür, die private Altersvorsorge ganz einzustellen, damit die Versicherten mehr verfügbares Einkommen besitzen. Es sollte dann dafür eingesetzt werden, einen Anstieg des Beitragssatzes in der Rentenversicherung zu finanzieren, damit die Absenkung des Rentenniveaus verhindert werden kann.

„Es gibt zwei klare Favoriten aus der Sicht der Betroffenen: Zum einen die Verhinderung von Altersarmut schon im Vorfeld, nämlich bereits in der Erwerbsphase und nicht erst durch Umverteilungsmaßnahmen in der Rentenphase, und zum anderen der Ausbau der betrieblichen Altersversorgung durch eigene sowie unterstützende Mittel vom Arbeitgeber und vom Staat“, erklärte Klaus Morgenstern. „Das Meinungsbild bei den anderen Konzepten, die auf Ausgleichsmechanismen in der Rentenphase setzen, ist hingegen so unentschieden wie die aktuelle politische Diskussion selbst über diese Lösungswege. Vorstellbar ist vieles, eine klare Mehrheit findet sich indes für keines dieser Konzepte. Nur in einem Punkt sind sich die Bürger weitgehend einig: Die Grundversicherung im Alter als staatliches Füsorgeelement außerhalb der Rentenversicherung schützt nicht ausreichend gegen Altersarmut.“

Im Zusammenhang mit einer Einschätzung des jüngsten Koalitionskonzeptes einer „Lebensleistungsrente“, das nach Auffassung des DIA ein Kompromiss auf

denbar niedrigster Schwelle ist, formulierte der DIA-Sprecher Morgenstern eine Reihe von Forderungen des Instituts für die Weiterentwicklung der Alterssicherungssysteme in Deutschland. Dazu gehörten:

- keine Anrechnung der Eigenvorsorge auf die Grundversicherung im Alter;
- die Ausschüttung der Risikogewinne in der Lebens- und Rentenversicherung zu mindestens 90 Prozent statt wie bisher nur zu 75 Prozent;
- die Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für ein alle Altersvorsorge-Schichten umfassendes individuelles Rentenkonto;
- die Bekämpfung der Altersarmut vor allem in der Erwerbsphase, nicht durch Umverteilungen im Rentensystem;
- die Einführung von Opting-out-Konzepten in der betrieblichen Altersversorgung sowie
- die Weiterentwicklung der Altersvorsorgesysteme auf der Grundlage des etablierten Schichtenmodells.

Neuer Online-Tool erstellt individuelles Kundenprofil

Ausreichende Altersvorsorge beginnt aber immer und vor allem mit dem aufgeklärten Bürger, so Morgenstern. Daher habe das DIA im Zuge seiner Neuaufstellung, die zeitgleich mit dem Umzug von Köln nach Berlin in Angriff genommen wurde, unter dem Titel „Altersvorsorgeberatung 3.0“ ein Projekt gestartet, mit dem Online-Instrumente zur Vorbereitung tragfähiger Altersvorsorgeentscheidungen

von Privathaushalten entwickelt werden. „In der Vergangenheit hat sich das Institut vor allem mit grundsätzlichen Themen wie der Vorsorgebereitschaft und dem Sparverhalten der Bürger, ihrer Einstellung zur Altersvorsorge und zu den Reformen der Rentensysteme beschäftigt. Nun wenden wir uns statt der bisherigen Makrosicht stärker Themen und Projekten mit einem unmittelbaren praktischen Bezug zur Altersvorsorge zu“, kündigte Morgenstern an.

Den neuen Online-Tools liegt das Prinzip der standardisierten Individualisierung zugrunde, womit eine Lücke zwischen statischer Online-Information, solitären Rechen- und individueller Beratung besetzt wird. „Durch niedrige Eintrittsbarrieren sollen Bürger inspiriert werden, sich mit dem Thema Altersvorsorge zu beschäftigen“, erläuterte Morgenstern. Dabei werde auf die 80/20-Regel zurückgegriffen. Oder vereinfacht ausgedrückt: „Es ist nicht immer eine Fülle von Anfragen und Informationsrecherchen erforderlich, um eine handlungsorientierte erste Einschätzung zu gewinnen, sondern dafür reichen vielfach deutlich weniger Informationen aus.“

Das erste Online-Tool mit der Bezeichnung „DIA-Typomat Altersvorsorge“, das noch in diesem Jahr fertiggestellt wird, liefert nach einer Schnellabfrage in lediglich zwei Dimensionen Antworten zum richtigen Vorgehen bei der Altersvorsorge. Im kommenden Jahr folgt dann ein zweiter Baustein, die „DIA-Entscheidungshilfe Altersvorsorgeförderung“. „Geplant ist die Entwicklung eines ganzen Bau-

kastens solcher Tools, die aufeinander abgestimmt sind und für Web-2.0-Kampagnen genutzt werden können“, erklärte Klaus Morgenstern. In diesen Baukasten soll den Planungen des DIA zufolge zu einem späteren Zeitpunkt auch das Rentenkonto des Deutschen Renten-Informationsvereins integriert werden, dessen Ziele das DIA unterstützt.

„Verschärfte Regularien sind keine Universallösung“

„Außerdem möchten wir damit generell eine Diskussion über die Art und Weise der gegenwärtigen Altersvorsorgeberatung durch Banken, Versicherungen und freie Finanzdienstleister in Gang setzen.“ Auf die in jüngster Vergangenheit immer wieder laut gewordene Kritik, dass lediglich vor, aber nicht beraten werde, sei bislang noch keine zufriedenstellende Antwort gefunden worden, stellte Klaus Morgenstern fest. Strengere Transparenzvorgaben und verschärfte Regularien für die Aufsicht allein seien ebenso keine Universallösung wie die Honorarberatung. Letztere stoße spätestens dann an ihre Grenzen, wenn sie bei der Gruppe der Geringverdienenden ankomme. „Ein Kunde aber, der sich bereits mit der Altersvorsorge und mit seinem Status beschäftigt hat, wird mit großer Wahrscheinlichkeit andere Fragen in einem Beratungsgespräch stellen und auch andere Antworten bekommen. Das will das DIA befördern“, fügte Morgenstern hinzu.

> PETER DRENDEL

Zahl der Patienten mit Krebs steigt deutlich an

In Deutschland sind nach einer Prognose des Berliner Robert Koch-Instituts mehr Menschen neu an Krebs erkrankt als in den Vorjahren. Die Schätzung für 2012 liegt bei 486 200 neuen Patienten. Das sind rund 16 400 mehr als im Jahr 2008, für das die jüngsten verlässlichen bundesweiten Krebsdaten vorliegen. Grund für diese Entwicklung ist nach Einschätzung des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) vor allem die alternde Gesellschaft. Das mittlere Erkrankungsalter für Krebs liege für Frauen bei 68 und für Männer bei 69 Jahren, teilte das Zentrum mit.

Obwohl die Zahl der Erkrankungen mit dem demografischen Wandel zunimmt, sterben dank Früherkennung und besserer Therapien aber deutlich weniger Menschen an Krebs. Innerhalb von 60 Jahren sei die Lebenserwartung von Frauen um mehr als 14 Jahre und die der Männer um mehr als 13 Jahre gestiegen, berichtete das DKFZ. Nach einer Analyse des Robert Koch-Instituts sind in Deutschland noch immer rund ein Viertel aller Sterbefälle auf bösartige Tumore zurückzuführen. Dennoch gehen Krebsforscher davon aus, dass heute mehr als die Hälfte der krebskranken Menschen in der Bundesrepublik auf Heilung hoffen kann. Vor 30 Jahren sei es nur ein knappes Drittel gewesen, errechnete die Berliner Charité.

Die Krankheit trifft aber nicht nur Senioren. Vor allem Hoden- und Gebärmutterhalskrebs haben ihre Spitze im jüngeren oder mittleren Lebensalter. In Deutschland leben heute knapp 1,5 Millionen Menschen bereits fünf Jahre oder länger mit der Krankheit. Bei Frauen ist Brustkrebs mit einem Drittel der Fälle die häufigste Krebsart, bei Männern ist es Prostatakrebs mit einem Anteil von etwa 25 Prozent. Auf Platz zwei liegt bei beiden Geschlechtern Darmkrebs und auf Platz drei Lungenkrebs. „Wir können den Krebs im fortgeschrittenen Stadium zwar meist nicht heilen, aber wir können ihn dank der Kombination vieler Verfahren sehr häufig zu einer chronischen Langzeiterkrankung machen“, so Onkologe Peter Michael Schlag.

Die Erfolge bei der Früherkennung seien jedoch sehr unterschiedlich, weil sie freiwillig sei. So gelang es, die Sterberate bei Gebärmutterhalskrebs seit dem Start der Vorsorge Anfang der 1980er Jahre zu halbieren. Bei Darmkrebs können sie sogar rund 90 Prozent älteren Krebsfälle durch Vorsorge vermeiden lassen – aber nur 20 Prozent der berechtigten Versicherten gehen auch hin. Das Mammografie-Screening zur Früherkennung von Brustkrebs nutzen nach dem jüngsten Bericht knapp die Hälfte der eingeladenen Frauen zwischen 50 und 69. Problematisch bleiben Krebsarten, für die es bisher keine zuverlässige Früherkennung und auch keine Therapien gibt. Dazu zählen Bauchspeicheldrüsen-, Lungen- und Eierstockkrebs. Gesundheitsforscher betonen, dass jeder selbst dazu beitragen kann, seine Anfälligkeit für Krebs zu verringern. Die Weltgesundheitsorganisation geht davon aus, dass bis zu einem Drittel der Krebsarten durch gesunden Lebensstil vermieden werden könnten. > DPA

Der Anteil der Frührentner an allen Vorruheständlern kletterte binnen Jahresfrist von 47,5 auf 48,2 Prozent

Immer mehr Deutsche gehen früher in Ruhestand

In Deutschland sind noch nie so viele Menschen mit Abschlagen in Rente gegangen wie 2011. Von den knapp 700 000 Neurentnern bekam knapp die Hälfte – fast 337 000 – wegen vorzeitigen Rentenbezugs nicht das volle Ruhegeld. 2002 waren es erst 248 000. Männer nahmen für den Vorruhestand Abschlagen von im Schnitt 107,40 Euro in Kauf, bei Männern und Frauen zusammen liegt der Abschlag bei 109,15 Euro. Das geht aus aktuellen

Zahlen der Deutschen Rentenversicherung hervor. Der Anteil der Frührentner an allen Vorruheständlern kletterte binnen Jahresfrist von 47,5 auf 48,2 Prozent. 2005 waren es erst 41,2 Prozent. Grund für die Zunahme der Rentner mit Abschlagen sind ausgedehnte Vertrauensschutzregelungen. Bundesarbeitsministerin Ursula von Leyen (CDU) sieht in der Entwicklung Licht und Schatten. Sie zeige zum einen eine stärkere Er-

werbsbeteiligung von Frauen. Zum anderen, dass Beschäftigte früher ausschieden, „weil es nicht mehr geht“. Offensichtlich könne es sich ein großer Teil die Frührenter aber leisten. Die Frührentner kamen aus allen Branchen. In 23 von 39 ausgewählten Berufsgruppen lag ihr Anteil bei mehr als 60 Prozent. Im Gesundheitswesen waren es 64,1 Prozent.

Die Frührentner erhielten im Schnitt 811 Euro Rente, sie schieden 36,25 Monate früher als

gesetzlich vorgesehen aus dem Berufsleben aus. Der Anteil der Frauen mit Rentenabschlagen stieg von 36,1 auf 51,7 Prozent im Jahr 2011. Das Renteneintrittsalter lag 2011 im Schnitt bei 63,5 Jahren, im Jahr 2000 bei 62,3 Jahren. Offen bleiben muss laut Rentenversicherung die Antwort auf die Frage, wer gezwungenermaßen und wer freiwillig vorzeitig die Arbeit quittiert. Viele waren vorher krank oder arbeitslos. Andere stehen finanziell so gut da,

dass sie sich den vorzeitigen Abschied aus dem Arbeitsleben leisten können. Laut Statistik haben die Frührentner im Schnitt besser als der Durchschnitt verdient. Viele haben aber auch ausreichend geerbt.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit stieg die Beschäftigungsquote der 60- bis 64-Jährigen auf zuletzt 29,3 Prozent. Von den 64-Jährigen hatten im Juni 2012 nur 14,2 Prozent einen Job. > DPA

NaturaMed
Vitalclinica

BURNOUT-KUR
Psychosomatik
Depression
Rücken
Abwehr
Essstörungen

Attraktive
pauschalangebote!

Ursachendiagnose
Schulter- und
Seniorenwoche
0 75 24 990 - 222
88339 Bad Wailsee
naturamed.de
akutklinik.de
beihilfefähig